

## **FDP Fraktion Königswinter zum Haushaltsentwurf 2024/25**

In der Rezession bzw. während einer erheblichen Inflation erhöht man nicht die Steuern! Mit der Ausweitung der Beherbergungsabgabe auch auf die Übernachtungen von Geschäftsleuten beweist die Koalition aus KÖWI, SPD und Grüne erneut ihre Inkompetenz in wirtschaftlichen Fragen. Hoteliers konnten und können ihre Verluste durch die Corona-Pandemie gerade nicht so einfach durch höhere Umsätze danach wieder ausgleichen. Zum einen werden diese durch die vorhandene Bettenkapazität begrenzt. Zum anderen werden Geschäftsreisen nicht, wie evtl. Urlaubsreisen, aufgrund eines „Nachholwunsches“ geplant und durchgeführt. Die Erholung des Gastgewerbes nach dem Ende der Pandemie wird durch die Bettensteuer, d. h. durch staatliche bzw. hier, kommunale bürokratische Entscheidungen wieder eingetrübt. Jetzt erhalten sie durch den Alleingang in Königswinter einen zusätzlichen Wettbewerbsnachteil im Vergleich zu Ihren Mitbewerbern in den umliegenden Städten. Hinzu kommt, dass nach aktuellem Stand, die Mehrwertsteuersenkung in der Gastronomie zum Ende des Jahres ausläuft. Hotels und Gaststätten werden mit weiteren Umsatzrückgängen rechnen müssen.

Kommunalpolitisch hat jetzt auch die Koalition selbst festgestellt, was sie in den letzten Jahren geschafft hat: Nichts! Außer neue Stellen im Stellenplan! Darunter auch hochdotierte Posten für eine Bürgerbeteiligung. Vollmundig als neuer Stil im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern angekündigt, hat sie bereits bei ihrer ersten Bewährungsprobe Schiffbruch erlitten bzw. einen Offenbarungseid geleistet. Ohne sich auch nur im Geringsten mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger auseinander zu setzen, wurde die Neugestaltung und verkehrstechnische Aufteilung der Rheinallee zum Nachteil von Anwohnern, Gastronomie und Fähre geplant und soll jetzt durchgeprügelt werden.

Hier muss die Bürgerschaft doch die Frage stellen, was sie für Kosten, welche die „neue“ Bürgerbeteiligung erzeugt eigentlich bekommt? Gefühlt war es zu Zeiten der „alten, normalen“ Bürgerbeteiligung besser und das ohne Ausgaben, die inzwischen pro Jahr auf die ½ Million EUR zulaufen.

Mehr Schein als Sein prägt auch die Absicht der Koalition, die Gremiensitzungen der Kommunalpolitik künftig über Streamingdienste allen Bürgerinnen und Bürgern auch online zugänglich zu machen, allein 150 000 Euro sind nach dem Probetrieb in 2024, ab 2025 dafür veranschlagt. Die FDP sagt: Dieses Geld kann sinnvoller verwendet werden. So könnte z.B. die Straßenbeleuchtung nachts wieder durchgehend angeschaltet bleiben, was gerade aktuell wieder von der Koalition abgelehnt

wurde. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, welche in Nachtstunden auch beruflich unterwegs sein müssen, wäre die 80 000 Euro pro Jahr wert. Da die Straßenbeleuchtung mit Ökostrom betrieben wird, ist insoweit auch die CO<sub>2</sub>-Einsparung kein taugliches Argument, im Gegensatz zum Live Streaming.

Gegen die zunehmende Personalflut in der Verwaltung wäre es sinnvoll und zweckmäßig, zunächst alle unnötigen Belastungen der Beschäftigten auf den Prüfstand zu stellen. Dazu gehören in erster Linie unnötige und weitgehend inhaltsleere Ausschüsse, die in der Gemeindeordnung nicht explizit vorgesehen sind, wie z. B., der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, und Arbeitsgruppen (AGs), deren Einsetzung überwiegend den Wünschen der Koalition nach Gängelung der Verwaltung bei ihren ureigensten Aufgaben entspringen.

Auf den Prüfstand gehört in diesem Zusammenhang auch die beschlossene Wahl einer Seniorenvertretung. Angesichts des geringen Interesses der Bürgerinnen und Bürger über 60 kann jedenfalls nicht von einer demokratischen Legitimation dieses Gremiums gesprochen werden. Auch hier könnten die finanziellen Mittel besser eingesetzt werden.

Gegen die Stimmen der FDP-Fraktion wurde bereits im letzten Jahr die Eigenbewirtschaftung des Parkraumes in Königswinters Altstadt beschlossen. Jedoch hat es die Stadt nicht geschafft, die dafür notwendigen Parkscheinautomaten rechtzeitig anzuschaffen. Die Folge sind Mindereinnahmen im laufenden Jahr im hohen 5-stelligen Bereich. Dafür dürfen sich die Bürgerinnen und Bürger anschließend auf eine Ausweitung der Bewirtschaftungszonen und doppelte Parkgebühren „freuen“. Einsicht zeigt die Koalition zugunsten des Freibades. Nach der geplanten und gescheiterten Schließung ab 2023 wurde die Sanierung fraktionsübergreifend auf den Weg gebracht und auch ein Budget für nötige Reparaturen zur Ermöglichung eines Weiterbetriebes bis zum Sanierungsbeginn in den Haushalt eingestellt.

Weiterhin wird zu wenig in städtische Gebäude und Infrastruktur investiert. Begrenzte Ressourcen, sprich Personal und Geld, werden an der falschen Stelle eingesetzt. So bindet das Projekt energetische Sanierung des Schulzentrums Oberpleis als „Leuchtturmprojekt“ bisher enorme Mengen an Personalstunden und finanziellen Mitteln, ohne dass diesen auch eine enorme Einsparung an CO<sub>2</sub> gegenübergestanden hätte. Sanierungen von uralten Heizungsanlagen werden dafür z.B. auf die lange Bank geschoben, obwohl das Verhältnis von Aufwand und CO<sub>2</sub> Einsparung ein wesentlich besseres wäre.

Der Fahrzeugpark der Stadt wird komplett auf E-Fahrzeuge umgestellt, kostet es was es wolle, ohne zu prüfen, ob alternative Antriebsformen in Frage kämen

bzw. überhaupt die Fahrleistung erreicht wird, die nötig ist, um die höhere CO2 Immission eines Elektrofahrzeuges bei der Herstellung wieder zu kompensieren.

Wenn Ideologie die Vernunft ersetzt, ist dies eine schlechte Lösung für alle. Die beschlossenen Klimaschutzziele der Stadt sind richtig und wichtig. Um diese zu erreichen müssen die begrenzten Ressourcen, wie Personal und finanzielle Mittel, optimal eingesetzt werden. Deshalb muss z.B. beim „Leuchtturmprojekt“ Schulzentrum Oberpleis dringend umgesteuert werden. Investitionen in die Infrastruktur dürfen nicht weiter vernachlässigt werden, denn das wird dazu führen, dass durch die hohe Inflation und die daraus resultierenden Zinserhöhungen die Projekte für die Stadt überhaupt nicht oder zumindest teilweise nicht mehr zu finanzieren sind.

Hinzu kommt, dass mangelnde Investitionen in den Erhalt der Immobilien und die Infrastruktur der Stadt zu einer zusätzlichen Schwächung des Eigenkapitals führen.

Von Glück kann man sprechen, dass es auf die Stelle des Kämmerers /1. Beigeordneten nur eine qualifizierte Bewerbung und das ohne Parteibuch der Koalition gab, so dass Königswinter eine Posse wie beim technischen Beigeordneten erspart bleibt.

Das, gefühlt 10. Gutachten (auch diese „Gutachteritis“ verbrauchte enorme Ressourcen) zur Lösung der Rathausproblematik, kommt abermals zum Schluss, die günstigste und effizienteste wäre der Neubau auf dem Bauhofgelände in Oberpleis, was auch zuvor den Meisten schon bekannt war.

Die FDP forderte die Umsetzung schon zur Kommunalwahl 2020. In diesem Zusammenhang dürfen aber die Digitalisierungsprozesse der Verwaltung nicht aus den Augen verloren werden und die Entwicklungen beim Homeoffice auch nach Corona müssen bei der Ausgestaltung mit einfließen.

Die Frage wird nur sein, ob so ein Großprojekt in der aktuellen wirtschaftlichen Lage für die Stadt Königswinter überhaupt noch leistbar ist.

Richtig und wichtig war die Anpassung der Zuschüsse für die OGS Träger, zu lange wurde hier die Überprüfung vernachlässigt. Die Träger müssen so ausgestattet sein, dass ein kontinuierlicher Betrieb gewährleistet ist und qualifiziertes Personal beschäftigt werden kann. Es darf jedoch nicht passieren, dass sich Politik und Verwaltung von professionellen OGS Betreibern treiben lassen, damit diese eine höhere Rendite erwirtschaften können. Zur Sicherung eines guten Angebots, müssen jedoch die entsprechenden Gebühren erhoben werden. Eine regelmäßige Anpassung ist daher unumgänglich. Die FDP fordert jedoch, mit jeder Beitragsanpassung auch die Einkommensgrenzen entsprechend anzuheben, damit eine „kalte“ Progression vermieden wird.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Großteil des Haushaltes aus Pflichtaufgaben besteht und von der Stadt und der Kommunalpolitik weitgehend nicht beeinflussbar ist. Da ist es besonders ärgerlich, wenn seitens des Landes NRW und des Bundes immer häufiger gegen das Konnexitätsprinzip verstoßen wird. Andererseits ist auch den unrealistischen Wünschen der Koalition ein Riegel vorgeschoben.

Die Gestaltungs-Kompetenz bzw. -Wille der Koalition bewegt sich daher in engen Grenzen (lässt man den Panikbeschluss zur Rheinallee außen vor). Einerseits ist gut, es wird nichts falsch gemacht, andererseits schlecht die Stadt entwickelt sich nicht weiter. Dankbar müssen die Bürgerinnen und Bürger wahrscheinlich schon dafür sein, dass die Grundsteuer für 2024 nicht weiter erhöht werden soll, wobei immer noch völlig unklar ist, was nach dem Wirksamwerden der Grundsteuerreform ab 2025 auf die Bürger zu kommt.

Zusammenfassend ist seitens der FDP-Fraktion festzustellen: Sinnlosausgaben wie bei der Bürgerbeteiligung hätten wir vielleicht noch mitgetragen, eine Ausweitung der Beherbergungsabgabe in der aktuellen Lage schließt jedoch eine Zustimmung der FDP Fraktion zum Haushaltsentwurf aus.

FDP Fraktion im Rat der Stadt Königswinter